

Die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung in der EU nutzen!

Europäische Demokratie setzt bürgerschaftliches Engagement und den Gestaltungswillen der Bürgerinnen und Bürger voraus. Die EU stellt zahlreiche Partizipationsmöglichkeiten zur Verfügung, die jedoch nicht immer in vollem Umfang genutzt werden.

Die Europawahl

Die Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014 stellt die wohl elementarste Form der direkten Bürgerbeteiligung dar. Mit seiner Stimme beteiligt sich ein jeder Bürger an der politischen Zusammensetzung des Europäischen Parlamentes und damit an der grundsätzlichen Ausrichtung europäischer Politik. Denn die Rechte des Europäischen Parlamentes wurden im Jahr 2009 mit dem Vertrag von Lissabon gestärkt. Seitdem ist es gleichberechtigt als Gesetzgeber neben dem Rat, in dem die Regierungen der Mitgliedstaaten vertreten sind, und der Europäischen Kommission an der EU-Gesetzgebung beteiligt. Führt man sich vor Augen, dass heutzutage schätzungsweise 60 bis 80 Prozent aller in Deutschland erlassenen Gesetze ihren Ursprung in Brüssel haben, lässt sich die große Bedeutung des Europäischen Parlamentes nicht mehr abstreiten.

Wie jede repräsentative Demokratie ist auch die EU darauf angewiesen, dass ihre Bürger sich an Wahlen beteiligen und sich damit aktiv einbringen, das ist die Mindestanforderung. Darüber hinaus gibt es viele weitere Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. Zu erwähnen sind der Dialog mit den Europaabgeordneten, das Konsultationsverfahren der EU, die Beteiligung an EU-Programmen und die Europäische Bürgerinitiative.

Beteiligung über Parteien und Verbände

Neben der Beteiligung an der Europawahl stellt die Mitgliedschaft in Interessenverbänden und Parteien eine weitere konventionelle Form der Partizipation dar. Die Beteiligung am politischen Geschehen aus einer Partei- oder Verbandsmitgliedschaft heraus ist bestens für die Europaarbeit geeignet. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Arbeit auf kommunaler, Kreis-, Bezirks-, Landes- oder Bundesebene geleistet wird. Denn die EU ist kein souveräner Staat und Entscheidungen werden ohnehin in einem Mehrebenensystem getroffen, das alle Ebenen berücksichtigt. Und da es auf allen Ebenen in der Regel Arbeitskreise und Ausschüsse mit Europabezug gibt, kann die Partizipationsmöglichkeit hier kaum größer sein.

Dialog mit den Europaabgeordneten

Die Europaabgeordneten haben ein großes Interesse daran, die Meinungen der Bürger, die in ihrem Wahlkreis leben, zu hören. Auch wenn sie ein gesamteuropäisches Interesse immer im Blick behalten müssen, verstehen sie sich in erster Linie als Volksvertreter, die die Interessen ihrer Bürger auf europäischer Ebene durchsetzen. Dass sie dabei natürlich auch kompromissbereit sein müssen, liegt in der Natur unseres demokratischen Systems.

Die Abgeordneten führen Gesprächstermine mit den Bürgern, laden Besuchergruppe ins Europäische Parlament ein, um mit ihnen zu diskutieren, organisieren Veranstaltungen oder nehmen an Events anderer Veranstalter teil, um in den direkten Dialog mit den Bürgern zu treten. Dabei geht es stets um den Austausch: Die Abgeordneten bringen den Bürgern die EU-Themen näher und die Bürger übermitteln den Abgeordneten ihre Ansichten und teilen ihnen mit, wo sie Handlungsbedarf sehen.

Konsultationsverfahren im Rahmen des systematischen Dialogs

Der systematische Dialog, der fest im EU-Vertrag verankert ist, gewährt neuerdings den Bürgerinnen und Bürgern und den repräsentativen Verbänden die Möglichkeit, ihre Ansichten in allen Bereichen des Handelns der Union öffentlich bekannt zu geben und auszutauschen. Die EU-Organe pflegen einen regelmäßigen Dialog mit den repräsentativen Verbänden und der Zivilgesellschaft. Dazu werden umfangreiche Konsultationen durchgeführt, die auf der Internetseite der Europäischen Kommission veröffentlicht werden und an denen jeder Bürger teilnehmen kann.

Europäische Bürgerinitiative

Eine Europäische Bürgerinitiative (EBI) ist ein Verfahren, das Bürgerinnen und Bürger seit 2012 nutzen können, um die Europäische Kommission aufzufordern, im Rahmen ihrer Zuständigkeiten einen Rechtsakt vorzuschlagen. Die Einführung der EBI ist als grundsätzlich positives Signal an die EU-Bürger zu deuten, da sie ein neues Instrument der direkten Demokratie darstellt. Bürger erhalten die Chance, direkt Kontakt zur Europäischen Kommission aufzunehmen und auf einen Missstand hinzuweisen. Kritisch ist anzumerken, dass die Europäische Kommission nicht verpflichtet ist, einen Gesetzesvorschlag vorzulegen. Nichtsdestotrotz eignen sich Bürgerinitiativen, um für ein gesamteuropäisches Thema die nötige internationale Aufmerksamkeit zu erhalten und die Europäische Kommission zumindest verpflichtet wird, sich mit diesem Thema zu befassen.

Beteiligung an EU-Programmen

Die Europäische Union ist sich der Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements bewusst und hat das Jahr 2013 zum Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger erklärt. Im Rahmen dessen finden viele Veranstaltungen statt, an denen sich die Bürger beteiligen können.

In diesem Zusammenhang bedauere ich allerdings sehr, dass das EU-Förderprogramm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“, das unter anderem auch

bürgerschaftliches Engagement über Grenzen hinweg fördert, massive Einsparungen in der Förderperiode von 2014 bis 2020 hinnehmen muss. Mit Abschluss der Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen der EU wurden zwar in vielen Politikbereichen Mittelkürzungen beschlossen. In diesem Fall wurde der Rotstift aber ganz sicher an der falschen Stelle angesetzt. Es ist absurd, im Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger einem Programm die Mittel zu kürzen, das zu einem besseren Verständnis der EU-Bürger untereinander und zur Überwindung der derzeitigen Vertrauenskrise beitragen soll. Aber gerade weil die Mittel gekürzt werden und weniger Aktionen gefördert werden können, sollten sich die Bürgerinnen und Bürger an den Aktionen beteiligen, die in Zukunft noch durchgeführt werden können. Diese Aktionen sind fruchtbringend und wurden bisher immer sehr positiv bewertet. Die Beteiligten beschäftigen sich bei diesen Treffen mit europapolitischen Themen, sie setzen sich mit europäischer Geschichte auseinander und lernen einander kennen. Diese Programme haben zum Ziel, die Teilnahme der Bürger an Europa und die Herausbildung einer gemeinsamen Identität zu fördern. Der Output solcher Aktionen ist nicht zu missachten. Was die Bürger während ihrer Treffen diskutieren, generiert in der Regel Ergebnisse, die den Entscheidungsträgern auf europäischer Ebene zugespielt werden. Dadurch kann aktiv Einfluss ausgeübt werden.

Beteiligung der Jugend

Wenn von Bürgerbeteiligung die Rede ist, dann müssen unbedingt auch junge Menschen involviert werden. Damit die heranwachsende Generation sich mit der EU, die für sie zu einer Selbstverständlichkeit geworden ist, überhaupt auseinandersetzt, bedarf es engagierter Eltern und Lehrer.

Im Rahmen des jährlich stattfindenden EU-Schulprojekttages, der normalerweise in der Europawoche rund um den 9. Mai, dem Europatag, stattfindet, beschäftigen sich viel Schülerinnen und Schüler mit der EU. Die Schulen laden zu Podiumsdiskussionen mit Politikern ein oder führen gar eine Europa-Projektwoche durch. Das sind sicherlich geeignete Maßnahmen, um Schülerinnen und Schülern mehr über die EU beizubringen. Als Mitglied im Ausschuss für Kultur und Bildung des

Europäischen Parlamentes ist es mir jedoch ein Anliegen, noch mehr Europa in den Lehrplänen zu verankern. Bildung ist in Deutschland allerdings Ländersache, daher ist das kein einfaches Ziel. Wissen über Europa ist aber der erste Schritt zu bürgerschaftlichem Engagement in Europa und damit kann nicht früh genug begonnen werden.

Neben dem EU-Schulprojekttag gibt es viele weitere Initiativen, die es sich zum Ziel gesetzt haben, jungen Menschen die EU zu erklären und sie zu Partizipation zu ermutigen. Besonders beliebt sind Simulationsprojekte, die jungen Menschen die Entscheidungsprozesse innerhalb der EU verdeutlichen. Die Simulation Europäisches Parlament (SIMEP) beispielsweise lädt etwa 400 Schülerinnen und Schüler der 10. bis 13. Klasse in den Deutschen Bundestag und das Berliner Abgeordnetenhaus ein und bietet ihnen die Möglichkeit, europäische Politik hautnah zu erleben, in dem sie für zwei Tage in die Rolle von Europa-Abgeordneten zu schlüpfen. Die Teilnehmer debattieren und verhandeln als Europa-Abgeordnete mit ihren Kolleginnen und Kollegen aus anderen Fraktionen und EU-Mitgliedstaaten, sie suchen nach Kompromissen und feilen an Entschliefungen. Dabei werden sie von „echten“ Abgeordneten aus allen Fraktionen des Europäischen Parlaments begleitet. Für diese Initiative wurden die Initiatoren in diesem Jahr sogar mit dem Europäischen Bürgerpreis ausgezeichnet.

Anlaufstellen

Wer auf der Suche nach Informationen über die EU ist, wird mit Sicherheit fündig. Die Anlauf- und Informationsstellen sind zahlreich, vielseitig und fast immer kostenfrei: Es gibt 55 Europe Direct-Zentren in Deutschland, drei Vertretungen der Europäischen Kommission, zwei des Europäischen Parlamentes, zudem unzählige Informationsseiten im Internet, wie der EU-Bookshop, die Bundeszentrale für politische Bildung, die Internetseite „Europakoffer“, die Lehrern Material über die EU zur Verfügung stellt und viele mehr.

Die EU ist zweifellos ein kompliziertes Konstrukt. Sie ist weder nur ein loser Staatenbund, noch ein echter Bundesstaat. Nicht umsonst hat das Bundesverfassungsgericht die EU als „Staatenverbund“ charakterisiert. Sich mit der

EU zu beschäftigen, erfordert Eigeninitiative und Lernbereitschaft. Manchmal würde ich mir allerdings wünschen, dass die Presse sich weniger auf negativbesetzte Themen fokussiert, wie die Staatsschuldenkrise und Europäische Rettungsfonds, oder Beispiele für die vermeintliche Regelungswut der EU aufgreift. Denn diesen Beispielen stehen unzählige Errungenschaften gegenüber, die häufig nicht Eingang in die Medienöffentlichkeit finden. Diese Berichterstattung ist für viele Bürgerinnen und Bürger häufig allerdings die einzige Informationsquelle. Umso mehr seien an dieser Stelle alle Leserinnen und Leser aufgerufen, aktiv die vorgeschlagenen Informationsmöglichkeiten zu nutzen und sich ein eigenes Bild über die EU zu machen. Denn wie bei den Jugendlichen gilt grundsätzlich: Wissen ist der erste Schritt zur Bürgerbeteiligung, denn ich kann mich an nichts beteiligen, über das ich nichts weiß.

Sabine Verheyen (CDU, 49) ist seit 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments und dort Mitglied des Ausschusses für Kultur und Bildung sowie stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz.

Die ehemalige Bürgermeisterin der Stadt Aachen vertritt im Parlament die StädteRegion Aachen, die Kreise Heinsberg, Düren und Euskirchen.

Kontakt: sabine.verheyen@ep.europa.eu; www.sabine-verheyen.de